

Dr. Kurt Birrenbach

Düsseldorf, den 17.8.1961
Königsallee 74

An den

Vorsitzenden der CDU-Fraktion
Herrn Dr. Heinrich Krone

Bonn

Bundesthaus

Lieber Herr Dr. Krone!

Da es mir wegen meiner Erkrankung nicht möglich ist,
an den Sitzungen der kleinen aussenpolitischen Arbeits-
gruppe teilzunehmen, möchte ich zu der Frage, die Sie uns
nach Beendigung der Legislaturperiode gestellt hatten,
kurz schriftlich Stellung nehmen.

Über die aussenpolitische Lage selbst werde ich morgen
noch einmal Gelegenheit haben, mich mit Ihnen zu unter-
halten.

In unseren mehrfachen Besprechungen zu dem Thema der
amerikanischen Haltung, von der ja alles entscheidend
abhängt, habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass
die Grenzen des amerikanischen Einsatzes ziemlich genau
erkenbar sind. Die Amerikaner haben meines Wissens seit
Beginn der Berlin-Krise nie mehr offiziell erklärt,

als für den Schutz von Westberlin, die Freiheit der Westberliner und die Sicherheit der Zufahrtswege von und nach Westberlin einzutreten. Alle Erklärungen waren so spezifisch auf diesen engen Tatbestand abgestimmt, dass dies kein Zufall sein konnte. Daraus ergibt sich klar, warum die amerikanische Regierung auf die Maßnahmen der Zone am 13.8. so und nicht anders reagiert hat.

Wirtschaftsblockade, Luftbrücke und bewaffneter Einsatz sind die drei Stufen, die man erst dann einsetzen will, wenn dies zur Durchsetzung der vorstehend formulierten Ziele absolut unausweichlich geworden ist. Keine der anderen westlichen Nationen ist effektiv bereit, weiterzugehen. Sie wissen selbst, dass eher das Gegenteil der Fall ist. Es ist selbstverständlich, dass von unserer Seite die westlichen Alliierten darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass auch das Vertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in die Allianz einmal ein Problem werden kann. Wenn das Vertrauen in unsere Alliierten und umgekehrt deren Vertrauen in uns einen Bruch erführe, so müsste dies unabsehbare Folgen haben. Ich halte es daher für die Aufgabe aller Verantwortlichen die die Alternativelosigkeit unserer Situation zu erkennen vermögen, auf die Grenzen unserer Möglichkeiten und die unerhörten Risiken auch der alliierten Seite hinzuweisen. Eine Explosion in der Zone ist weder im sowjetischen noch im amerikanischen Interesse.

Möglichlicherweise erscheint der amerikanischen Regierung ein Arrangement mit der Sowjetunion heute etwas leichter, nachdem das akuteste (sicherlich nicht das einzige) sowjetische Interesse an einer Änderung des Status von Berlin eine, wenn auch für uns so schmerzliche Regelung gefunden hat. Andererseits liegt in der Abschliessung der Zone von Berlin in der brutalen Form, wie sie sich am 13.8. vollzogen hat, eine gewisse Chance für uns, dass die Versuchung für den Westen, einen Kompromiss in Richtung auf eine teilweise de facto-Anerkennung der Zone als Kompensation gegen die sowjetische Akzeptierung der jetzigen Situation in Westberlin zu suchen, geringer geworden sein sollte. Wenn man das erkennt, sieht man die Grenzen der westlichen Politik besser, die für eine umfassende mitteleuropäische Lösung bisher noch keine erfolgversprechende Alternative, wenn es eine solche überhaupt gibt, entwickelt hat.

Da die nächsten Schritte der Sowjetunion in der Berlin-Frage früher oder später zu erwarten sind, ist es unsere gemeinsame Aufgabe im Westen, den Sowjets in den künftigen Verhandlungen klarzumachen, wo wir stehen und wo es für uns kein Zurückweichen mehr gibt. Um diese Haltung glaubwürdig zu machen, ist es notwendig, Maßnahmen zu treffen, die diesen unseren Willen den Sowjets deutlich machen. In der Bundesrepublik sind wir nur insofern in einer schwierigen

Situation, als wir uns hüten müssen, zu stark voraus zu preschen und jede Herausforderung zu vermeiden, wobei ich nicht nur an unser Verhältnis zu den Sowjets, sondern auch zu unseren westlichen Alliierten denke. Es ist daher ein hoher Grad taktischer und psychologischer Einfühlung notwendig, um die Weltöffentlichkeit von dem rein defensiven Charakter unserer Maßnahmen zu überzeugen.

Auf militärischem Gebiet können und sollten Maßnahmen zur Erhöhung der Truppenstärke das Ergebnis einer NATO-Auflage sein. Das gilt gegebenenfalls auch für die schon lange überfällige Erhöhung der Wehrpflicht auf achtzehn Monate. Hinzu kommen an spezifisch militärischen Maßnahmen die Erstreckung der Wehrpflicht der z.Zt. dienenden Rekruten um jeweils drei Monate und evtl. die Einziehung von Reservisten. Für die Beschaffung von zusätzlichem Kriegsmaterial werden Einkäufe bei unseren westlichen Alliierten in erhöhtem Umfange notwendig werden, für die mit Zustimmung des Finanzministers dem Verteidigungsminister eine elastischere Verfügung über die Haushaltsmittel seines Etats gewährt werden sollte. Wahrscheinlich wird ebenso die Bereitstellung von weiteren finanziellen Mitteln notwendig werden. Das gilt nicht nur für die höheren Anforderungen an den Verteidigungsetat, die sich aus den vorstehend dargelegten Gründen ergeben, sondern auch vielleicht für Zahlungen

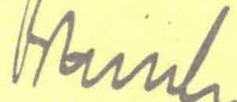
an Alliierte, die z.Zt. mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu tun haben, um diesen eine Erhöhung ihrer Truppenkontingente in Deutschland zu ermöglichen. Darüberhinaus werden organisatorische Maßnahmen notwendig wie die Zusammenlegung aller Referate in verschiedenen Ministerien, die sich mit heereswichtigen Liegenschaften und Grundstücken befassen. Endlich ist eine Änderung des Landbeschaffungsgesetzes notwendig, dessen Revisionsbedürftigkeit bekannt ist. Wichtiger als alle bisher erwähnten Maßnahmen ist die Durchbringung des Notstandsgesetzes, jedenfalls für den Fall des äusseren Notstandes. Die Anrufung eines übergesetzlichen Notstandes ist eine mißliche Sache und sollte, wenn es eben geht, vermieden werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die SPD es in der jetzigen Situation wagt, ein auf den äusseren Notstand begrenztes Gesetz abzulehnen. Auf dem zivilen Sektor der Verteidigung müssen folgende Gesetze verabschiedet werden: Ein Notdienstgesetz, ein Selbstschutzgesetz, evtl. ein Schutzraumgesetz, ein Ernährungssicherungsgesetz und ein Verkehrssicherungsgesetz, um nur einige zu nennen. Kriegswirtschaftsähnliche Gesetze kommen zunächst nicht infrage. Wichtig ist aber, dass sichergestellt wird, dass die Erklärung einer Krisensituation durch die Bundesregierung allein vorgenommen werden kann und keiner parlamentarischen Zustimmung bedarf. Ein Organisations-

gesetz, das im Ernstfalle das Verhältnis von Bundes- zur Landesexekutive ändert, ist noch verfrüht und jetzt noch nicht durchsetzbar. Immerhin liegt auch hier ein Problem vor, das, wenn es nicht rechtzeitig geregelt ist, ausserordentliche Schwierigkeiten machen könnte. Als ich vor fünf Jahren in England auf einer Inspektionsreise einer Gruppe des Bundestages mir die Einrichtungen der zivilen Verteidigung ansah, konnte ich feststellen, dass viele, wenn nicht die meisten der in den vorgenannten Gesetzen zu regelnden Probleme entweder schon gelöst waren oder vor der Lösung standen. Ich will bei der Aufführung dieses Katalogs nicht sagen, dass alle diese Gesetze in Kürze durchgepeitscht werden müssen. Was ich aber sagen möchte, ist, dass man in den nächsten Wochen eine sorgfältige Prüfung der Situation in den parlamentarischen Gremien vornehmen muss, so dass, wenn der neue Bundestag ^{dies-} zusammentritt, er ein Programm vorfindet, dessen Verabschiedung erste Priorität haben muss. Ich habe mich über diese Fragen insbesondere mit den Herren Staatssekretär Hopf vom Bundesverteidigungsministerium und Ministerialdirektor Bagatzki unterhalten und rate Ihnen dringend, mit diesen beiden Herren über die in diesem Brief erwähnten Fragen zu sprechen.

Ich gebe nochmals meinem Bedauern Ausdruck, dass
meine Erkrankung mich zwingt, mich nicht intensiver
und im Einzelnen mit diesen Materien befassen zu
können.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



(Dr. Birrenbach)